Nr. 286 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 23. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 61 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die griechische Frage

Die neuesten Ereignisse in Athen lassen sich kurz folgendermaßen zusammenfassen:

Mit Venizelos sind auch alle früheren Minister abgereist, ebenso mehrere Zeitungsdirektoren. Als der Erzbischof von Athen der Eidesleistung von Rhallis vor dem Regenten beiwohnen wollte, weigerte sich Rhallis, ihn anzuerkennen, weil er in unkonstitutioneller Weise ernannt worden sei. Er wurde durch Theoklitos ersetzt. Die Gefängnisse wurden nach der Abreise von Venizelos geöffnet und die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt. Sonntag vormittag statteten die Mitglieder des Diplomatischen Korps dem Ministerpräsidenten einen amtlichen Besuch ab. Die Regierung bat die Offiziere von Smyrna, vorläufig auf ihrem Posten zu bleiben. Der Gouverneur der Nationalbank Zaimis trat zurück.

Der „Temps" weiß ergänzend zu berichten: Die neue griechische Regierung habe sämtliche Gerichte des Königreichs beauftragt, im Namen des Königs Konstantin Recht zu sprechen. Die Menge habe am Hause von Venizelos ein Bild der Königin Sophie angebracht. Mehrere Franzosen, die in den Straßen Athens sich geweigert hätten, das Bild des Königs Konstantin zu grüßen, seien belästigt worden. Die neue Regierung sei der Ansicht, daß alle Entscheidungen der letzten Kammer ungültig seien. Deshalb sollte die neugewählte Kammer nochmals den Friedensvertrag von Sèvres ratifizieren, bevor die Alliierten intervenieren könnten.

Nach einer Havasmeldung aus Rom sind die Prinzen Andreas und Christoph von Griechenland, die Brüder König Konstantins, gestern bereits nach Athen abgereist. Bezeichnend ist die Haltung der Entente zu der griechischen Frage. Ganz klar ist bisher nur die italienische Stellungnahme:

S. Zürich, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Zur dynastischen Krise in Griechenland meldet der römische Vertreter des „Corriere della Sera": Die italienische Regierung hat nicht die Absicht, sich einer Aktion anzuschließen, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer befreundeten und verbündeten Nation gleichkommt. Italien hat sich auch vor 3½ Jahren der Aktion Frankreichs und Englands nicht angeschlossen, als diese beiden Staaten es für ihre Pflicht hielten, König Konstantin aus Athen zu entfernen.

Ueber die Verhandlungen Englands und Frankreichs über die griechische Frage wird uns aus Paris gedrahtet:

Paris, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Als Lord Derby am Sonnabend morgen nach den Besprechungen mit der französischen Regierung über die griechische Frage mit seiner Gattin Paris verließ, gab ihm fast das gesamte Quai d'Orsay das Geleit zum Bahnhof. Präsident Millerand überreichte ihm einen Blumenstrauß. Wie bereits gemeldet, wird sich der französische Ministerpräsident zu einer endgültigen Besprechung über das gemeinsame Vorgehen nach London begeben. Das Zusammentreffen wird jedoch auf Wunsch Lord Derbys nicht vor Ablauf der nächsten zehn Tage stattfinden können. Damit will die englische Regierung also Zeit gewinnen, um den Ereignissen in Griechenland ihren Lauf gehen zu lassen, bis sie so weit gediehen sind, wie man sie wünscht.

Der Finanzausschuß der Kammer hat sich, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben, vertagt. Die Ereignisse in Griechenland können zur Folge haben, daß der Finanzausschuß die Kredite für die Expedition in Syrien und Cilizien, welche gestrichen werden sollten, doch noch bewilligen wird. Die Möglichkeit und der Wunsch einer Revision des Friedensvertrages mit der Türkei hat die Lage von Grund auf geändert. Die französische Politik setzt voraus, daß Griechenland im Kampfe gegen die noch nicht gebrochene Türkei in Kleinasien und im Kampf um die Durchführung der Aufteilung der Türkei ausschaltet. Jedenfalls will man französischerseits der griechischen Politik die Rolle des Polizisten in Kleinasien nicht mehr anvertrauen. Für den Fall nun, daß auch die französischen Truppen aus Cilizien zurückgezogen würden, befürchtet man eine außerordentliche Verstärkung des Ottomanentums. Besonders, seitdem der Gedanke eines Großarmeniens in nichts zerstoben ist. Die nächste Folge wären Metzeleien in den genannten Gebieten. Man wird also nicht nur 19 Bataillone in Syrien, sondern auch die 40 Bataillone in Cilizien belassen.

Das griechische Kabinett hat die Volksabstimmung über die Frage der Rückkehr König Konstantins auf den 26. November festgesetzt. König Konstantin hat an die Regierung telegraphiert, daß er das Ergebnis der Volksabstimmung abwarten wird, bevor er zurückkehrt. Uebrigens hat sich König Konstantin einem Pressevertreter gegenüber als Anhänger der kleinen Entente bekannt.

Ein chinesisch-japanischer Konflikt

C. Peking, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Die chinesische Regierung weigert sich in ihrer Note an die japanische Regierung, anzuerkennen, daß Japan ein Recht habe, im Falle neuer Unruhen in der Mandschurei eigenmächtig vorzugehen.

Das englisch-russische Handelsabkommen

Nach einer Reuter-Meldung aus London hat das englische Kabinett das Handelsabkommen mit Rußland angenommen. Dazu erfahren wir drahtlich aus Paris:

Paris, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Die englische Regierung hat der amerikanischen Regierung Kenntnis gegeben vom Wortlaut des Handelsvertrages mit Sowjetrußland. Die französische Regierung hat jedoch eine solche Mitteilung nicht erhalten, und es wird gesagt, sie habe eine solche Mitteilung auch nicht verlangt. Sie hat aber ihrerseits der englischen Regierung mitgeteilt, daß durch diesen englisch-russischen Handelsvertrag die französischen Ansprüche gegenüber Rußland in keiner Weise berührt werden könnten. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses der Kammer hat der frühere Finanzminister Klotz in diesem Zusammenhange erwähnt, daß er im März 1918 mit Bonar Law, dem damaligen englischen Finanzminister, eine Erklärung unterzeichnet habe, nach der beide Mächte die Anerkennung der russischen Staatsschulden gegenüber sämtlichen Verbündeten gemeinsam verlangen würden. Der endgültige Entwurf des Handelsvertrages sehe übrigens eine Bestimmung vor, die im Entwurf vom vergangenen Sommer nicht enthalten war. Es wird nämlich in allen Paragraphen die freie Ein- und Ausfuhr des russischen Goldes vorgesehen.

Man erfährt heraus, daß Lloyd George in jeder Weise der unternehmendste Politiker Europas ist, was übrigens auch aus den interessanten Aeußerungen hervorgeht, die er einem Mitarbeiter des „Petit Parisien" machte. Er sagte diesem u. a.: Gewiß würde man Deutschland alles zahlen lassen, was es zahlen könne, aber man müsse eine Summe festsetzen, und zwar nicht, um Deutschland ein Vergnügen zu bereiten. Es gebe nämlich zwei Methoden, einen Schuldner zur Zahlung zu bringen, entweder alles zu verkaufen oder sich gütlich mit ihm zu einigen. Die letzte Methode empfehle er Deutschland gegenüber. Die Franzosen dürften nicht glauben, daß er ein Feind der Franzosen sei, weil er als Geschäftsmann und Realist spreche. Man müsse aber ein System wählen, das den gemeinsamen Interessen diene.

Das Ende der Wrangel-Aktion

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Evening News" erklärte General Wrangel, daß die politische Blindheit der Mächte alle seine guten Aussichten zu nichte gemacht habe und so den Bolschewisten die Möglichkeit gebe, auf weitere Eroberungszüge auszugehen. Sie würden wahrscheinlich zunächst Georgien angreifen.

Ein großer Teil der Wrangelschen Truppen wird nach Gallipoli befördert werden, wo der General die Truppen wieder zu einem neuen Angriff sammeln zu können glaubt. Augenblicklich liegt das Heer auf 70 Schiffen im Marmarameer. Sie sind mit 24 000 Zivilpersonen und 61 000 Soldaten belegt. Die Zahl der Flüchtlinge dürfte auf 150 000 steigen.

Auch Petljura hat inzwischen zum so und so vielten Male die Macht der bolschewistischen Heere erfahren:

Warschau, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Aus Tarnopol wird die völlige Vernichtung der Armee Petljuras gemeldet. Ein großer Teil hat bereits die polnische Grenze überschritten und ist entwaffnet worden. Längs des Zbrucz stehen die Polen mit den Bolschewisten bereits in Fühlung.

Auf dem kaukasischen Kriegsschauplatz haben die armenischen Streitkräfte sich zurückgezogen und Kars aufgegeben. An der Olty-Front gehen sie in guter Ordnung zurück, nachdem die mit den Bolschewisten verbündeten Türken durch eine Division verstärkt worden sind. Der armenische Minister für Auswärtiges teilt aus Eriwan mit, daß die Sowjetregierung trotz des am 7. November abgeschlossenen Waffenstillstands neue Bedingungen stelle: sie verlange Munition, Lokomotiven und Waggons. Das armenische Volk lehne diese Forderung ab und sei entschlossen, den Kampf fortzusetzen.

Die russisch-polnischen Verhandlungen unterbrochen

Riga, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Bei den russisch-polnischen Verhandlungen war bisher keinerlei Ergebnis zu erzielen. Trotzdem geht die Meinung des polnischen Ministers Dombski dahin, daß die Verhandlungen verlängert werden. Die Bolschewisten weigern sich nach wie vor, die polnischen Kriegsgefangenen freizulassen, bis die Polen die Bedingungen des Präliminarfriedens durchgeführt haben. Joffe hat deshalb die Verhandlungen vorläufig unterbrochen.

Neue Rüstungen Polens

zz. Berlin, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Das hiesige polnische Konsulat hat am Sonnabend neue Einberufungsbefehle an Reklamierte und Zurückgestellte ausgegeben. Aus Danzig wird gemeldet, daß im dortigen Hafen seit Mittwoch wieder täglich Transporte für Polen mit Kriegsmaterial eintreffen, die seit der Ratifizierung des polnisch-russischen Vorfriedens ausgeblieben waren.

Der Kampf um Wilna

zz. Danzig, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Aus Warschau wird gemeldet: Die Polen haben vor Kowno die Strawa bei Keitowitschki überschritten. An der Bahn Wilna—Kowno standen gestern abend die Polen bei Jewia. Kowno soll von den Litauern bis aufs äußerste verteidigt werden. Auf litauischer Seite kämpfen rote Truppen.

S. Genf, 22. November. (Eig. Drahtbericht.) Die litauische Regierung hat an den Völkerbundskongreß telegraphisch eine Beschwerde über die Unterstützung der Armee des Generals Zeligowski durch reguläre polnische Truppen gerichtet, die bereits heute 15 Divisionen stark sei.

Das alt-neue österreichische Kabinett

Von unserem id.-Mitarbeiter

Wien, 21. November

Es muß wirklich nicht leicht sein, diesen Staat zu regieren. Seit Wochen ist Polizeipräsident Schober, der von den bürgerlichen Parteien designierte Bundeskanzler, er hat ungezählte Verhandlungen mit Christlichsozialen und Großdeutschen, aber auch mit einer Unzahl von Ministerkandidaten gepflogen, er hat gestern, als ihm sein Kandidat für das Finanzportefeuille Dr. Redlich von den Großdeutschen gestrichen wurde, seine Mission zurückgelegt, hat sie dann unter Drängen der Parteien neuerlich aufgenommen, wieder verhandelt, wieder Listen zusammengestellt, um schließlich heute seinen endgültigen Rücktritt von der ihm übertragenen Mission zu erklären. Die Sache kam den bürgerlichen Parteien sehr überraschend, da man noch gestern abend im Parlament allgemein der Ansicht Ausdruck gab, daß eine annehmbare Ministerliste (ohne Redlich), annehmbar für Christlichsoziale und Großdeutsche, mit Schober als Bundeskanzler und Ministerpräsidenten, in der heutigen Sitzung des Nationalrates werde vorgelegt werden können.

Durch die endgültige Absage Schobers war neuerlich die Möglichkeit gegeben, eine Kombination zu suchen, der beide bürgerlichen Parteien zustimmen könnten. Dazu ist es jedoch, offenbar, weil Christlichsoziale und Großdeutsche sich nicht zu einigen vermochten, nicht gekommen. Nun haben die Christlichsozialen dem Vorwurfe der Sozialdemokraten, daß die „Sieger im Wahlkampfe" ein Kabinett zu bilden nicht imstande seien, um jeden Preis begegnen wollen, und darum haben sie sich entschlossen, das bisherige vorläufige Kabinett als ein provisorisches im Amte weiter zu belassen, mit einigen unwesentlichen Verschiebungen bei der Zuteilung der Ressorts an die Beamtenmitglieder der Regierung. Es bleiben also folgende christlichsoziale Abgeordnete im Kabinett: Dr. Michael Mayr (Bundeskanzler und Leiter des Außenministeriums), Heinl (Handel und Industrie), Dr. Resch (Soziale Verwaltung), Haueis (Ackerbau). Ferner treten ein die Beamten Breisky (bisher Inneres, jetzt Unterricht), Dr. Grünberger (wie bisher Volksernährung), Dr. Pesta (wie bisher Verkehrswesen), Dr. Glanz (Inneres und Heerwesen), Dr. Grimm (Finanzen), Dr. Paltauf (Justiz). Also schon jetzt im Amte befindliche christlichsoziale Politiker und Beamte (unter diesen letzteren zwei neue) übernehmen die Regierung, es ist also eine alt-neue Regierung, eine sogenannte Beamtenregierung mit parlamentarischem Einschlag: vier Politiker, sechs Beamte.

Die Großdeutsche Vereinigung hat sich an der Bildung des Kabinetts nicht beteiligt, sondern hat es der zahlenmäßig stärksten Partei, den Christlichsozialen, überlassen, die Mitglieder des Ministeriums namhaft zu machen. Die Großdeutschen haben für die vorgelegte Liste auch gestimmt, aber ausdrücklich beschlossen, damit auf keine Unterstützung der Regierung sich festzulegen, sondern sich freie Hand zu behalten und jede Vorlage der Regierung unvoreingenommen zu prüfen, ob sie zustimmen oder ablehnen sollen. Die Sozialdemokraten stehen dem christlichsozialen Kabinett natürlich in schärfster Opposition gegenüber. Die neue Regierung wird es also schwer haben, sich zu behaupten. Die Christlichsozialen allein haben nicht die Mehrheit im Parlament, die Großdeutschen werden von Fall zu Fall ihr Verhalten einrichten, und die Sozialdemokraten stehen in erbitterter Feindseligkeit ihr gegenüber. Kein Wunder, wenn man die alt-neue Regierung, die kein einziges Mitglied von überragender oder autoritärer Bedeutung in ihrer Mitte hat, wieder nur als eine „provisorische Augenblickslösung" betrachtet. Die Kraft, Oesterreich aus dem Sumpfe herauszuführen, wohnt ihr wohl kaum inne.

Zeitungsstimmen

id. Wien, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Kabinett wird wenig sympathisch begrüßt. Die großdeutsche „Tageszeitung" nennt das Kabinett ein Verlegenheitsministerium, von dem Wesentliches nicht zu erwarten ist. Die „Neue Freie Presse" sagt: „Es ist ein kleines Kabinett mit schwächlicher Mischung, ein zweiter Aufguß mit fadem Nachgeschmack, ein österreichisches Provisorium."

Die Deutschenhetze in der Tschecho-Slowakei

Die deutsche Regierung hat für die Beschädigung deutschen Besitztums in Prag und für tätliche Angriffe auf deutsche Staatsangehörige bei den letzten Prager Unruhen Schadenersatzansprüche der tschechischen Regierung überreichen lassen.

Die Ruhe scheint übrigens langsam wieder einzukehren. So sind das „Prager Tagblatt" und die „Bohemia" wieder erschienen. Ferner haben der Deutsche Parlamentarische Verband und die sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren vom Ministerpräsidenten Czerny die Zusicherung erhalten, daß Vorkehrungen für die Sicherung des Neuen Deutschen Theaters und die Räumung des Deutschen Hauses und der übrigen widerrechtlich beschlagnahmten Baulichkeiten getroffen worden sind.

Ein Aufruf des Deutschen Parlamentarischen Verbandes stellt fest, daß unter den jetzigen Verhältnissen eine geordnete Tagung der Volksvertretung undenkbar ist, und verlangt daher die Vertagung beider Häuser bis zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung, Schadloshaltung der Betroffenen und Beseitigung der gesetzwidrigen Zustände.

Wie aus Reichenberg gemeldet wird, haben der akademische Senat und die Vertreter der Studentenschaft der Universität Prag gegen die Stimme eines Senators infolge der letzten Vorgänge in Prag die Verlegung der Prager Deutschen Hochschule nach Deutsch-Böhmen beschlossen und Reichenberg dafür in Aussicht genommen.

In Brünn ist wieder ruhig. Das Deutsche Haus, das während der Demonstrationen von Studenten und Legionären beschlagnahmt worden war, wurde der Verwaltung wieder zurückgegeben.

Kinder in Not

Von Professor Dr. Langstein (Berlin),

Direktor des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses, Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit

Ein schreckenerregender Ruf tönt in das Land hinaus: „Kinder in Not!" Nachdem jahrelanger Krieg die Nöte des Volkes auf das äußerste gesteigert hatte, erleben wir jetzt nicht etwa Heilung und Ausgleich der Schäden, nein, unaufhaltsam geht es gesundheitlich mit unserem Volke abwärts; das Furchtbare dieser Tatsache ist darin gegeben, daß nicht etwa nur alte Menschen, welche nicht mehr die Lebenskraft zur Ueberwindung schwerer zugefügter Schädigungen besitzen, absterben, nein, daß unsere Jüngsten, unser Nachwuchs, unsere Zukunft einem verhängnisvollen Schicksal entgegengehen. Kinder in Not, in schwerer Not bedeutet nichts anderes als ein verzweiflungsvoller Ruf, daß dem deutschen Volke der Untergang droht. Wer nur das gesundheitliche Wohl der Säuglinge im Auge hat und nicht die Kinderfürsorge als etwas zusammenhängendes Ganzes betrachtet, der könnte wohl zu der Meinung gelangen, daß uns um unsre Zukunft nicht bange zu sein braucht. Wir sehen aus der Reichsstatistik, die allerdings nur bis zum Jahre 1919 vorliegt, deren Richtigkeit aber unterstützt wird durch Angaben aus einzelnen Großstädten und Regierungsbezirken, daß die Säuglingssterblichkeit nicht nennenswert gestiegen, ja hier und da trotz ansteigender Geburtenhäufigkeit gesunken ist. Würde diesem Sinken der Säuglingssterblichkeit, an dem eine Reihe hier nicht näher zu erörternder Gründe ihren Anteil hat, ein Rückgang der Sterblichkeit im Kleinkindes- und Schulalter und darüber hinaus entsprechen, dann wäre kein Grund zur Klage gegeben, dann könnten wir uns wenigstens der Hoffnung hingeben, daß aus dem Schrecken dieser Jahre eine lebenskräftige Generation heranwächst, die der Aufgabe, das Deutsche Reich wieder aufzubauen, gewachsen sein wird. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedeutet Rückgang des Sterbens im Säuglingsalter leider nichts anderes als einen Aufschub des Sterbens, ein Martyrium durch Krankheit in den folgenden Jahren, im Kleinkindes- und Schulalter. Ein schrecken- und mitleiderregender gesundheitlicher Tiefstand, der aber auch in psychischer Beziehung von den unheilvollsten Folgen begleitet ist, denn nichts vermag Eltern schwerer zu erschüttern und sie zur Verbitterung zu treiben, als daß sie zusehen müssen, wie ihre Kinder ohne Hilfe dahinsiechen. Das normale Wachstum unsrer Kinder jenseits des Säuglingsalters hat gelitten, weit bleiben die Zahlen hinter den uns bekannten Durchschnittszahlen aus glücklichen Tagen zurück, und mit diesem Rückgang des Wachstums geht Hand in Hand die Abnahme der Widerstandskraft gegen alle möglichen Erkrankungen. Die Tuberkulose, in deren Bekämpfung wir so schöne Fortschritte gemacht hatten, befällt heute schon die im zartesten Kindesalter stehende Jugend und wird damit zur mörderischen Volksseuche; denn das Kind im Alter von 2 bis 5 Jahren ist nicht mit den Abwehrkräften gegen den Tuberkelbazillus ausgestattet wie das ältere Kind. Dringt er frühzeitig in den kindlichen Organismus ein, dann bleibt er bald Sieger. Drüsen- und Knochentuberkulose sind die Folge, und endlich erliegt das arme Kind nach monate- und jahrelangem Siechtum der Lungentuberkulose oder der tödlichen Hirnhautentzündung. — Die schweren Formen der Englischen Krankheit mit einer bis zu diesen Jahren unbekannten Knochenbrüchigkeit, haben sich verdoppelt und verdreifacht. Angesichts der Unmöglichkeit, diesen Kindern die notwendige ärztliche und pflegerische Hilfe zuteil werden zu lassen, bedeutet diese Tatsache nichts andres als eine noch nicht absehbare Vermehrung des Krüppeltums. Die Kinderkrankheiten, für das widerstandsfähige Kind oft nichts anderes als eine unangenehme Episode, sind für das geschwächte Geschlecht eine Belastungsprobe, der es leicht in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr gewachsen ist; und selbst die harmloseren Infektionskrankheiten, wie die Masern, verlangen heute Todesopfer, deren Zahl wir bisher kaum geahnt haben. Ein großes Sterben hat begonnen und das „Jahrhundert des Kindes" ist das des Kindesmordes geworden. Warum? Weil es nachgerade fast an allem fehlt, was das Kind gebraucht, um normal zu wachsen und widerstandsfähig zu bleiben gegen die Belastungsproben, die das Leben niemandem erspart; weil es unterernährt, sein Körper durch einseitige Ernährung mit dünnen gehaltlosen Suppen, nicht gar gekochten Kartoffeln und schlechtem Brot falsch zusammengesetzt ist, weil ihm der köstliche Baustoff, ohne den kein Leben und kein Wachstum möglich ist, das Eiweiß fehlt, weil weder Fleisch, weder Milch noch Käse vorhanden oder für keineswegs mögliche Preise erschwinglich sind, weil das Fett, von dem wir heute wissen, daß es mehr ist als ein Wärmespender, dem vielmehr ganz besondere zum Wachstum unentbehrliche Funktionen im Organismus zufallen, den Kindern in Mengen zugeteilt wird, die noch nicht den zehnten Teil ihres Bedürfnisses decken, und weil schließlich durch den Mangel einer nach vernünftigen Prinzipien zusammengesetzten Kost auch die Bausteine für den Knochenbau, vor allem der Kalk, nicht im richtigen Mischungsverhältnis dargeboten werden.

Aber dieser beklagenswerte Stand der Ernährungsfrage ist nicht der einzige Grund, daß es um unsre Kinder so schlecht bestellt ist. Es kommen hinzu die Wohnungsnot, die Unmöglichkeit, die Kinder im Freien zu pflegen, sie des Lichtes und der Sonne teilhaftig werden zu lassen, die ihr Organismus, dem der Pflanze vergleichbar, braucht. Es kommt hinzu, daß die Kinder heute, mangelhaft beaufsichtigt, auf der Straße allen Gefahren gesundheitlicher Art unterliegen, daß die Verteuerung der Waschmittel, ja, man möchte sagen, aller Utensilien, die zur Pflege gehören, eine zweckmäßige Körperpflege unmöglich macht, die zur Aufrechterhaltung der Gesundheit unerläßlich ist. Das ganze Elend unsrer Tage trifft konzentriert das Kind, das nicht, wie der Erwachsene, lediglich seinen Bestand zu erhalten hat, sondern wachsen muß, um gesund zu bleiben, und für dieses Wachstum nicht die notwendigen Baustoffe erhält, das auch nicht geschützt werden kann vor gesundheitlichen Gefahren durch Schmutz und Bakterien, die gerade dem wachsenden Körper besonders gefährlich werden.

Sollen wir angesichts dieses katastrophalen Zustandes die Hände in den Schoß legen, sollen wir resigniert erklären, je schneller es mit uns zu Ende geht, um so besser, oder sollen wir nicht alle Kräfte, die im Volke schlummern, zusammenfassen, um — wenn auch für die Generation der Erwachsenen nicht mehr Besserung zu erhoffen ist — wenigstens den Kindern ein freundlicher